

## Presseinformation

### **Weltweit einheitliche Grundsätze für zeitgemäße Arbeitsgestaltung im Finanzsektor verabschiedet – Verlässlicher Rahmen für sozialen Dialog über neue Arbeitsformen**

- **Gemeinsame Erklärung von Sozialpartnern und Regierungen unter dem Dach der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) betont Chancen der Digitalisierung und formuliert Leitlinien für gute und gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen**
- **Regelungen zu mobiler Arbeit sollen freiwillig sein und geltende Rechte zu Arbeitszeit, Erreichbarkeit und Datenschutz garantieren**
- **Hohe Bedeutung der Sozialpartnerschaft unterstrichen, wichtige Grundsätze aus europäischen Erklärungen aufgegriffen**

Genf/Berlin, 7. Februar 2022. Hochrangige Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierungen haben unter dem Dach der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) eine gemeinsame Erklärung zu den Auswirkungen der Digitalisierung im Finanzsektor verabschiedet. Nach viertägigen Beratungen Ende Januar hat die ILO das Abschlussdokument soeben veröffentlicht. Die Erklärung betont die zentrale Rolle der Finanzwirtschaft als Transmissionsriemen und Innovationstreiber für Wirtschaft und Gesellschaft weltweit. Dabei unterstreicht sie die Chancen der Digitalisierung und formuliert gemeinsame Leitlinien, wie sich Arbeit auch im digitalen Zeitalter gut und gesundheitsgerecht gestalten lässt. Für neue Arbeitsformen schaffen die Unterzeichner damit einen verlässlichen Rahmen, in dem sich die Sozialpartner auf nationaler Ebene im Dialog und bei Vereinbarungen bis hin zu Tarifverträgen bewegen können.

„Die Erklärung sendet ein ermutigendes Signal: Sozialpartner und Regierungen weltweit haben auch bei erhöhter Transformationsgeschwindigkeit ein gemeinsames Verständnis von zeitgemäßer Arbeitsgestaltung. Die jetzt formulierten Grundsätze sind ein Meilenstein im internationalen sozialen Dialog. Diese gemeinsamen Positionen erleichtern Verhandlungen und können als Blaupause für den gesamten Bereich der wissensbasierten Dienstleistungen dienen“, sagt Dr. Jens Thau, Geschäftsführer im AGV Banken und Chairman der europäischen Arbeitgeber im privaten Bankgewerbe, die unter Leitung von Giancarlo Ferrara (Italien) und maßgeblicher Beteiligung des AGV Banken intensiv in die Verhandlungen eingebunden waren.

Mit Blick auf Fernarbeit („remote work“ inklusive mobiler Arbeit) heben die Unterzeichner hervor, Regelungen zu dieser Arbeitsform sollten freiwillig sein, im Verhandlungswege entstehen und – im Einklang mit nationalen Gesetzen und Vorschriften – geltende arbeitsrechtliche und personalpolitische Prinzipien garantieren, insbesondere zu Arbeitszeit, Erreichbarkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Datenschutz. Damit greift die Erklärung wichtige Grundsätze aus den jüngsten Erklärungen der europäischen Banken-Sozialpartner zu Digitalisierung und Fernarbeit auf.

Presseinformation

Genf/Berlin,  
7. Februar 2022  
Seite 2

Auf der viertägigen ILO-Konferenz zu den Auswirkungen der Digitalisierung im Finanzsektor wurde zugleich die herausragende Rolle der Sozialpartner unterstrichen. Die gemeinsame Erklärung betont, der soziale Dialog habe sich nicht nur bisher bei der Gestaltung der Transformation im Finanzsektor bewährt. Er könne auch künftig Strategien entwickeln, um die Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung zu bewältigen.

Darüber hinaus hebt die Erklärung hervor, dass der Finanzsektor eine zentrale Rolle für das Funktionieren der Gesellschaft spielt, mithilfe der Digitalisierung Innovation und Unternehmertum fördert und einen wichtigen Beitrag beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft leistet. Dr. Jens Thau: „Mit dieser Erklärung stellen Regierungen und Sozialpartner des Finanzsektors die Chancen der Digitalisierung in den Mittelpunkt – auch mit dem Ziel, die im Finanzsektor vorhandene gute und qualifizierte Beschäftigung möglichst allen Interessierten zugänglich zu machen.“

Konkret empfehlen die Unterzeichner, Regierungen und Sozialpartner der Finanzwirtschaft sollten

- einen **wirksamen sozialen Dialog** auch über die Auswirkungen der Digitalisierung führen, um menschenwürdige Arbeit für alle und einen menschenorientierten Ansatz für die Zukunft der Arbeit im Finanzdienstleistungssektor zu gewährleisten;
- ein politisches Umfeld und Maßnahmen fördern, um **attraktive und menschengerecht gestaltete Arbeitsplätze** zu schaffen und zu erhalten, um das Potenzial der Digitalisierung voll auszuschöpfen und einen angemessenen Schutz für alle Arbeitnehmer zu entwickeln, insbesondere mit Blick auf Regelungen zu Fernarbeit („remote work“ inklusive mobiler Arbeit);
- **öffentliche Investitionen in die digitale Infrastruktur** sowie **Investitionen in Bildung** fördern (lebenslanges Lernen, Kompetenzentwicklung einschließlich beruflicher Fähigkeiten, technischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung), die eine menschenwürdige und nachhaltige Beschäftigung im Finanzsektor gewährleisten;
- **Unternehmertum und nachhaltiges Wirtschaften** fördern und die Rolle des Privatsektors als Hauptquelle für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen, insbesondere mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen;

- für **angemessene Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz** sorgen, auch mit Blick auf die Prävention und Bewältigung psychosozialer Risiken;
- den Zugang zu einem **umfassenden, angemessenen und nachhaltigen Sozialschutz** für alle Beschäftigten im Finanzdienstleistungsbe- reich gewährleisten;
- **Politikansätze und Strategien zur Arbeitszeitgestaltung** entwickeln, insbesondere mit Blick auf die Erreichbarkeit außerhalb üblicher Ar- beitszeiten, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Fragen rund um Privatsphäre, Cybersicherheit und Datenschutz, algorithmi- sche Entscheidungsfindung und den Schutz von Hinweisgebern;
- Maßnahmen prüfen zur **Förderung von Frauen** in Technikberufen, in Führungspositionen und im Bereich Unternehmensführung, inklusive Strategien zur Förderung einer umfassenderen Gleichstellung der Ge- schlechter (Chancengleichheit, gleiche Bezahlung, gleiche Teilhabe, Gleichbehandlung, ausgewogene Verteilung familiärer Pflichten);
- Strategien und Maßnahmen zur **Förderung der finanziellen Bildung** einführen, insbesondere für Frauen im ländlichen Raum, Jugendliche und Kleinunternehmer sowie für Menschen, die diskriminierungsge- fährdet sind.

**Hinweis an die Redaktionen:**

Die gemeinsame Erklärung (englische Originalfassung) der ILO-Konferenz steht Ihnen unter [www.agvbanken.de](http://www.agvbanken.de) als Download zur Verfügung.

*Dem AGV Banken gehören rund 100 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfand- briefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit rund 135.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen sei- ner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Ge- werkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpoliti- schen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwal- tungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen.*

**Pressekontakt:** Carsten Rogge-Strang  
Hauptgeschäftsführer  
[carsten.rogge-strang@agvbanken.de](mailto:carsten.rogge-strang@agvbanken.de)  
Tel. (030) 5 90 01 12-74